

Antrag auf Einbürgerung

nach

 § 8 StAG § 9 StAG § 10 StAG**Bitte alle Fragen beantworten.****Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.****Bei Minderjährigen ab 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.****Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:****1. Angaben zu meiner Person**

Familienname (ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Mustermann

Max

Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

24.12.1974

Danzig/ Polen

Wohnort (PLZ, Ort)

Straße

51469 Bergisch Gladbach

Musterheide 9

ausgeübter Beruf

KFZ-Mechaniker

Tel. / Fax / E-Mail

02202/ 8888

Max.Mustermann@online.de

Familienstand

 ledig verheiratet verwitwet geschieden getrennt lebend eingetragene Lebenspartnerschaft

seit

11.11.2001

Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft

Köln

Bei **Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung** (Tag der Rechtskraft - Anerkennung – des Urteils)

Vermerke der Behörde

2. Angaben zur Person meine(r,s) Ehegattin/Ehegatten, meine(r,s) eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners

Familienname (ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Mustermann, Schmitz

Maxima

Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

01.01.1975

Leverkusen/Deutschland

Wohnort (PLZ, Ort)

Straße

51469 Bergisch Gladbach

Musterheide 9

Ausgeübter Beruf

Hausfrau

Staatsangehörigkeit(en)

deutsch

Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ?

 Nein Ja (Falls nicht Deutscher)**Angaben zu meine(r,n) früheren Ehe(n) / Lebenspartnerschaft(en)**

Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften

1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis

aufgelöst durch

 Nein Ja,

1995-1999

Scheidung

Staatsangehörigkeit meine(r,s) früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)

deutsch

2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis

aufgelöst durch

 Ja,

Staatsangehörigkeit meine(r,s) früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)

3. Angaben zu Status und Aufenthalt

Status

Meine derzeitige(n) Staatsangehörigkeit(en)

polnisch

Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt ? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)

Nein Ja, durch → Pass

Frühere Staatsangehörigkeit(en)

russisch

Verlustgrund

Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit durch Antrag

<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist kraft Gesetzes eingetreten	<input checked="" type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch →	Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates Entlassungsurkunde
---	--	---

Besonderer Status

Heimatloser Ausländer ?	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Ausländischer Flüchtling ?	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Staatenloser ?	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Asylberechtigter ?	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Wurde ein Asylwiderrufsverfahren eingeleitet ?	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	

Wehrdienst

Wehrpflichtig ?	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja	
Vom Wehrdienst befreit / zurückgestellt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bis	
Wehrpflicht erfüllt?	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja,	von - bis 1995-1997
Anderer geleisteter Wehrdienst ?	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	von - bis

Aufenthalte seit Geburt

von	bis	in (Ort, Staat)
Geburt	07.07.1997	Danzig/Polen
07.07.1997	heute	Bergisch Gladbach

Aufenthaltsrecht	
Niederlassungserlaubnis ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Aufenthaltsberechtigung ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Aufenthaltserteilung ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Rechtsgrundlage	§
gültig bis	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja

4. Angaben zu meinen Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; außereheliche Kinder

	1.Kind	2.Kind	3.Kind
Familienname	Mustermann		
Vorname(n)	Peter		
Geburtsdatum	03.03.2003		
Geburtsort	Köln		
Staatsangehörigkeit(en)	polnisch		
Mit einzubürgern ?	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input checked="" type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei
	4.Kind	5.Kind	6.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

5. Angaben zu meinen Eltern**Eltern****Vater** (Familienname, ggf. Geburtsname)**Mutter** (Familienname, ggf. Geburtsname)

Mustermann

Mustermann, Topatan

Vorname(n)

Gregor

Vorname(n)

Valentina

Staatsangehörigkeit

polnisch

Staatsangehörigkeit

polnisch

letzter Wohnort / Land

Danzig/Polen

letzter Wohnort / Land

Danzig/Polen

verstorben ? am

 Nein Ja, 04.04.2009

verstorben ? am

 Nein Ja, **Adoptiveltern****Vater** (Familienname, ggf. Geburtsname)**Mutter** (Familienname, ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Vorname(n)

Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit

letzter Wohnort / Land

letzter Wohnort / Land

verstorben ? am

 Nein Ja,

verstorben ? am

 Nein Ja,

Adoption wirksam seit:

nachgewiesen durch:

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern

Die Vertretungsbefugnis liegt bei

 Die Ehe der Eltern besteht **nicht** mehr.

Die Vertretungsbefugnis beruht auf

Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung →

6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang**Schulbildung**

von	bis	Schulart	Staat
1979	1984	Grundschule	Polen
1984	1989	Gymnasium	Polen
2000	2005	Studium Luft- und Raumfahrttechnik	Deutschland

Schulabschluss

Fachabitur

Berufsausbildung / Studium / Qualifikation				
von	bis	Art	Abschluss	Staat
1997	2000	Fluggerätmechaniker	ja	Deutschland

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren			
von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers
2005	heute	Lufthansa	Frankfurt a.M.

Sprachkenntnisse / staatsbürgerliche Kenntnisse / Integrationskurs
 Nachweise zu:

Sprachkenntnissen (Zeugnisse, Sprachzertifikate etc.)	<input checked="" type="checkbox"/> Ja und zwar: Diplom	<input type="checkbox"/> Nein
Staatsbürgerlichen Kenntnissen (Einbürgerungstest)	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Integrationskurs (Bescheinigung nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

7. Angaben zu Straftaten (einschließlich Straftaten im Ausland)

keine Straftaten

abgeschlossene Strafverfahren

Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen
Betrug	StA Köln	05.05.2007	40 Tagessätze a´ 20 Euro

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren ?

Nein Ja, wegen

Behörde u. AZ:

Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre ?

Nein Ja, Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

Staatsanwaltschaft Köln 15 Js 1234/10

Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 des Strafgesetzbuches

Tatbezeichnung	Anhängigkeit bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum der Anordnung	Angeordnete Maßnahme

8. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen

Vermerke der Behörde

8.1 Einkünfte

		Betrag EUR / Monat ↓
Erwerbseinkünfte (brutto)	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja,	2345
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus Vermietung / Verpachtung	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Rente	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Unterhalt / Unterhaltskostenvorschuss	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Erziehungsgeld	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja,	184
Wohngeld	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialgeld (SGB II)	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialhilfe (SGB XII)	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Krankengeld	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II / Sozialgeld / Sozialhilfe		

8.2 Alterssicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch →	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit / Summe
	<input type="checkbox"/>	

8.3 Krankenversicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

gesetzliche Krankenkasse private Krankenversicherung

8.4 Einkünfte der Familienangehörigen (gem. Nr. 8.1)

brutto

Familienname, Vorname	Betrag EUR / Monat

8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ? Nein Ja (Name und Anschrift der / des Unterhaltspflichtigen)

	Betrag EUR / Monat
Bruttoeinkünfte der / des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR / Monat

8.6 Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören ?

Nein Ja, und zwar

Gegenüber welcher Person / welchen Personen ?

Unterhaltsrückstände

Nein Ja, in Höhe von EUR

9. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach **schriftlicher Zusicherung** der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Ja Nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)

Ich möchte die polnische Staatsangehörigkeit gem. § 12 (2) StAG beibehalten (grds. gesondertes Blatt)

10. Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt bei (Behörde)

Nein Ja, Stadt Köln

Wurde über den Antrag entschieden ?

Nein Ja, er wurde von mir zurückgenommen. er wurde abgelehnt. er wurde zurückgestellt.

Datum der Entscheidung

06.06.2006

11. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- 1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - d) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
- 2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

↓ Unterschrift

← Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde / Unterschrift)

Verwaltungsgebühren:

255,-€ je erwachsenen Einbürgerungsbewerber
51,-€ für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen
255,-€ für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i.d.R 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.
Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.
Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben

Ich versichere, dass meine Angaben richtig sind. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Einwilligung gem. § 4 Abs.1 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgesetz NRW

Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und -verarbeitung wurde mir ausgehändigt.
Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften in Verbindung mit §§ 12,13 Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

Hinweis zur Verfassungstreue

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden,
Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 100%; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <p>Lichtbild (aus neuerer Zeit)</p> </div>	<p style="text-align: right;">↓ Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin, der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)</p> <p style="text-align: center;">-----</p> <p><u>Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:</u> Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.</p> <p style="text-align: right;">↓ Datum, Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)</p> <p style="text-align: center;">-----</p>
---	--

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde / Unterschrift)

Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für **Ihre Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.